



# Die europapolitischen Positionen der Partito Democratico in Italien

**LUCA ARGENTA**  
Februar 2018

- Die Partito Democratico (PD) regiert Italien seit 2013 und profiliert sich als eine der europafreundlichsten Parteien Italiens. Um den Wahlsieg am 4. März wird die PD mit der Fünf-Sterne-Bewegung und dem Mitte-Rechts-Lager konkurrieren.
- Die Europapolitik ist ein besonderer Schwerpunkt des Wahlprogramms der PD. Trotz ihrer europafreundlichen Einstellung nimmt die PD zu einigen zentralen Themen kritische Positionen ein.
- Im Bereich der wirtschaftlich-finanziellen Integration fordert die PD das Ende der Sparpolitik, eine Überarbeitung des Fiskalpaktes, um größere haushaltspolitische Spielräume für die Staaten der Eurozone zu schaffen, und ein flexibleres und sozialeres Europa.
- Auf dem Feld der Migrationspolitik strebt die PD eine strukturierte und effizientere europäische Lösung an, mit dem Ziel, die Lasten der Zuwanderung auch über Quotenregelungen auf alle EU-Staaten zu verteilen, weil die Migration keinen außerordentlichen und bloß temporären Notstand darstelle, sondern ein strukturelles Phänomen sei.
- Auf der institutionellen Ebene befürwortet die PD eine neue verfassungsgebende Phase der EU, in der der Euro-Raum zum Ausgangspunkt einer Entwicklung der EU in Richtung politischer Einheit werden und eine zentrale Rolle in der Gestaltung einer Union der zwei Geschwindigkeiten spielen soll.



## Inhalt

<b>Die Partito Democratico (PD):</b>	
<b>Wird sie es schaffen, weiterhin an der Regierung zu bleiben?</b> .....	<b>2</b>
<b>Europapolitische Themen der PD</b> .....	<b>2</b>
Wirtschaft und Finanzen .....	2
Soziales Europa .....	3
Die institutionelle Ebene .....	3
Mittelmeer und Migration .....	4
<b>Fazit</b> .....	<b>5</b>



## Die Partito Democratico (PD): Wird sie es schaffen, weiterhin an der Regierung zu bleiben?

Am 4. März 2018 finden in Italien die Parlamentswahlen statt. Es naht somit das Ende der siebzehnten Legislaturperiode, in der drei Ministerpräsidenten aus den Reihen der demokratischen Partei (PD) einander im Amt folgten. In den letzten fünf Jahren, in denen die Europapolitik zunehmend an Bedeutung gewann, regierten in Italien Enrico Letta (2013–2014), Matteo Renzi (2014–2016), Paolo Gentiloni (2016–2018) und ihre Minister.

Um den Wahlsieg konkurrieren drei Lager. Zum Mitte-Rechts-Lager zählen Forza Italia, die von Silvio Berlusconi geführte konservative Partei, Lega, die von Matteo Salvini geführte rechtspopulistische Partei, und Fratelli d'Italia, eine stark nationalistisch geprägte Partei unter der Leitung von Giorgia Meloni. Das zweite Lager bildet die »Fünf-Sterne-Bewegung« mit ihrem Kandidaten Luigi Di Maio. Das Mitte-Links-Lager ist von der PD, deren Vorsitzender Matteo Renzi ist, vertreten. Die PD ist das europafreundlichste der drei Lager; in den anderen beiden sind hingegen gemäßigte und starke euroskeptische Positionen zu verzeichnen.

Die stimmenstärkste Einzelpartei wird die zur Regierungsbildung nötige parlamentarische Mehrheit zustandebringen müssen. Sollte es ihr nicht gelingen, dann kommen laut dem neuen Wahlrecht, das vorwiegend ein Verhältniswahlrecht ist, die Koalitionen ins Spiel. Zurzeit hat das Mitte-Rechts-Bündnis die größten Erfolgchancen; jedoch bestehen unter den Bündnispartnern unterschiedliche Auffassungen, sodass der Zusammenhalt des Lagers nach den Wahlen nichts Selbstverständliches ist. Daher wäre auch das Zustandekommen einer großen Koalition zwischen Berlusconis Mitte-Rechts-Partei und der PD, die Interesse hat, ihr Werk weiterzuführen, möglich.<sup>1</sup>

Auch die PD hat ihr Wahlprogramm vorgelegt, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Europapolitik liegt. Als eine der europafreundlichsten Parteien des politischen Spektrums in Italien, setzt sich die PD die Weiterführung der Integration zum Ziel, unterstreicht jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit, die Unionspolitik in manchen Bereichen zu reformieren. Das Schicksal der EU hängt auch

von Sieg und Niederlage dieser Partei ab. Daher lohnt es sich, ihre Vorschläge für Europa genau unter die Lupe zu nehmen.

## Europapolitische Themen der PD

### Wirtschaft und Finanzen

Eine Frage, der die PD besondere Aufmerksamkeit schenkt, ist die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU. Während der seit fast zehn Jahren anhaltenden Krise, in der sich Europa befindet, setzte man, so Piero Fassino, außenpolitischer Verantwortlicher der PD, die Schuldenbremse an erster Stelle und verpflichtete die Mitgliedsstaaten dazu, die Konvergenzkriterien einzuhalten<sup>2</sup>. In den letzten Jahren spielten Maßnahmen wie der Europäische Fiskalpakt eine bedeutende Rolle. Selbstverständlich bewahrten Maßnahmen dieser Art in Verbindung mit einer expansiven Geldpolitik und dem Quantitative Easing der EZB die EU vor noch schlimmeren Krisen. Dennoch wirkten sie sich negativ auf einige Mitgliedsstaaten aus, deren Wachstum sich verlangsamte und deren Spielräume für Investitions- und Arbeitspolitiken kleiner wurden. Auch aus diesem Grund meint die PD, herrscht heutzutage in der Öffentlichkeit eine weitgehend antieuropäische Stimmung. Mittlerweile hat sich die Lage verändert: Die Krise scheint überwunden und die Wirtschaft hat in mehreren Staaten wieder einen Vorkrisenstand erreicht. Daher ist es laut PD nun an der Zeit, das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen erneut in den Mittelpunkt zu stellen. Ein wesentliches Ziel ist deshalb weiterhin die Überwindung des jetzigen Fiskalpaktes. Der PD-Vorsitzende Matteo Renzi und der Staatssekretär für europäische Angelegenheiten im Ministerpräsidentenamt Sandro Gozi wollen in den kommenden Jahren die 3-Prozent-Defizitobergrenze einhalten, wobei deren dynamische Entwicklung jedoch nicht auf Jahresbasis, sondern über einen mehrjährigen Zeitraum hin berücksichtigt werden soll. Ferner sollte man sich auch mit den Kriterien zum Abbau der Staatsschulden auseinandersetzen, die Obergrenze liegt nämlich heute weiterhin bei 60 %, obwohl der europäische Durchschnitt des Schuldenstands nach der zehn Jahre langen Krise bei 90 % liegt und eine Anpassung eigentlich angebracht wäre. Die dadurch entstehenden Spielräume würden den Staaten in Verbindung mit einer Regelung, die die Investitionsausgaben nicht mehr dem

1. Anfang Februar 2018: Den Wahlumfragen des Forschungsinstitutes Termometro politico nach (<http://www.sondaggiipoliticoelettorali.it/GestioneDomande.aspx>) liegt M5S bei 26,8 % und PD bei 22 %. Gemeinsam liegen die Mitte-Rechts-Parteien bei 36,3 %.

2. Piero Fassino, PD dawero. La nave di Teseo, Mailand, Oktober 2017



Haushaltsdefizits zurechnet (die sogenannte »golden rule«), jene finanzielle Flexibilität ermöglichen, die notwendig ist, um mehr Mittel für Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bereitstellen zu können.<sup>3</sup>

Abgesehen von der Überwindung des Fiskalpaktes – die PD hat nicht die Absicht, diesen in die EU-Verträge einzufügen – nimmt sich die Partei des Ministerpräsidenten Gentiloni vor, sich für eine Reform der Währungsunion einzusetzen und eine »tatsächliche Wirtschaftsunion« ins Leben zu rufen: Den europäischen Partnern soll eine Harmonisierung der Steuer- und Investitionspolitiken vorgeschlagen werden. Ferner hält sie die Ausarbeitung der dritten Säule des European Deposit Insurance Scheme (EDIS), das sogenannte Einlagensicherungssystem, für wesentlich, um die europäische Bankenunion zu vollenden<sup>4</sup>. Fassino wiederum unterstreicht, dass die PD einen konkreten Beitrag zu einer europäischen Forschungs- und Innovationspolitik leisten würde. Hierfür soll ein Plan zur Modernisierung der Infrastrukturen im Energie- und im Verkehrsbereich vorgeschlagen sowie in EU- Ausbildungsprogramme investiert werden.<sup>5</sup>

Um dieses so anspruchsvolle Entwicklungsprogramm umzusetzen, bedarf es an bedeutenden finanziellen Mitteln: Dazu reichen die EU-Haushaltsmittel nicht aus, weil diese ausschließlich von den Beiträgen der Mitgliedsstaaten abhängen. Man müsste sich demnach auf anderem Wege Mittel verschaffen: durch verschiedene Formen der Besteuerung wie z. B. eine europäische Digitalsteuer, eine europäische CO<sub>2</sub>-Steuer, eine Steuer auf Aktivitäten in den Steueroasen und eine auf grenzüberschreitende Finanztransaktionen (die sogenannte Tobin-Tax) sowie über den Kapitalmarkt durch die Emission von Eurobonds, die der Finanzierung bestimmter Investitionsprogramme dienen sollen.<sup>6</sup>

### Soziales Europa

Die Bemühung in Richtung zunehmender Integration durch Wirtschafts- und Finanzreformen bringt uns auf ein weiteres Thema zu sprechen, das der PD am Herzen liegt, nämlich die Stärkung des sozialen Europas. Aus-

druck dieser sozialen Dimension war und ist bis heute die Kohäsionspolitik, die hauptsächlich durch europäische Fördermittel finanziert wurde. Dennoch kann es allein damit nicht gelingen, ein »soziales« Europa zu schaffen: Die PD hält es daher für erforderlich, neben der Kohäsionspolitik auch eine Harmonisierung der Arbeitsmarktregeln anzustreben, von der Ausarbeitung einer Arbeitslosenversicherung bis hin zu konvergierenden Systemen im Bereich der Sozial- und Bildungspolitik. Dabei ist sich die PD sehr wohl der Schwierigkeiten bewusst, die mit der Harmonisierung der Sozialpolitiken von 28 verschiedenen Staaten einhergehen; sie erinnert jedoch zugleich daran, dass unterschiedliche Steuer- und Sozialstaatssysteme unter den Mitgliedsstaaten wiederholt zu Lohn-Dumping und zu ungleichen Wettbewerbsvorteilen führten. Dieser Umstand hatte negative Auswirkungen auf die Beschäftigungsquoten, die Wachstumsraten und auf die Anerkennung der Rechte der Bürger.<sup>7</sup>

Um eine Wiederbelebung des Wachstums und eine Erneuerung des europäischen Sozialmodells konkret zu ermöglichen, sollte sich die EU, so die PD, auch global engagieren und Abkommen unterzeichnen, die eine gemeinsame Steuerung erlauben, wenn es um Rechte und um Entwicklungspolitik geht.

### Die institutionelle Ebene

Es besteht auf politischer und institutioneller Ebene noch viel Handlungsbedarf, bevor die Europäische Union als globaler Akteur auftreten kann. Dieser weitere Programmpunkt der PD-Europapolitik geht im Einklang mit den Äußerungen der Kanzlerin Merkel von der Annahme aus, dass Europa neue Verantwortlichkeit übernehmen und sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen muss, heute mehr denn je angesichts der neoprotektionistischen und neoisolationistischen Tendenzen der Trump-Administration. In der Tat befürwortet die PD eine neue verfassungsgebende Phase der Union, um die Erfolge von sechzig Jahren europäischer Integration nicht zu gefährden und die führende Rolle Europas in einer zunehmend globalen Welt nicht zu verspielen. Sandro Gozi selbst sieht in den Vorschlägen Macrons einen wichtigen Bezugsrahmen: »Sein Plan einer Neugründung der Europäischen Union ist in vollem Einklang mit unserem Vorhaben zur Rettung

3. Abteilung Europäische Politiken: Tornare al 3 % di Maastricht per il rilancio dell'Italia. August 2017 <http://www.politicheeuropee.it/comunicazione/20390/tornare-al-3-per-cento-di-maastricht-per-il-rilancio-dellitalia>

4. P. Fassino, S. 122.

5. Ebd., S. 123.

6. Ebd.

7. Ebd., S. 124.



der EU. Wie er, wollen auch wir die bestehenden Zustände nicht weiterhin aufrecht erhalten.«<sup>8</sup>

Um als Global Player auftreten zu können, muss die Union laut PD über Kompetenzen und Mittel verfügen, die ihr Handeln erleichtern. Die PD ist daher der Meinung, dass die Mitgliedsstaaten letztendlich eine Form des Föderalismus anstreben sollten; wobei deren Umsetzung alles andere als einfach sein wird, da es ein schwieriges Unterfangen ist, eine mit exklusiver Souveränität ausgestattete Staatsform aufzubauen, die den Behörden der einzelnen Mitgliedsstaaten und auch der Öffentlichkeit Rechnung zu tragen hat. Ein solches Ziel kann nur stufenweise erreicht werden. Dabei könnte man beim Euro-Raum ansetzen: Mit Organen wie z. B. einem europäischen Wirtschaftsministerium ausgestattet, könnte dieser den politischen und wirtschaftlichen Raum zur Gestaltung gemeinsamer und integrierter politischer Strategien stellen. Der Euro-Raum wäre somit der Ausgangspunkt einer Entwicklung der EU in Richtung politischer Einheit, deren Zielpunkt der Föderalismus wäre. Sollte man sich für einen solchen Weg entscheiden, so müsste man auch zielgerichtete Maßnahmen ergreifen. Der PD mangelt es diesbezüglich nicht an Vorschlägen, die sich wie folgt zusammenfassen lassen: Vereinigung der Präsidentschaft des Europäischen Rates und der Europäischen Kommission, weniger EU-Kommissare als Mitgliedsstaaten – dies wäre ein klares Zeichen zur Stärkung der Unabhängigkeit der Kommission; ferner eine Erweiterung der Bereiche, für die ein qualifizierter Mehrheitsbeschluss und kein Einstimmigkeitsbeschluss mehr erforderlich ist; Direktwahl des Kommissionspräsidenten durch die Unionsbürger und Nutzung der 75 britischen Sitze für länderübergreifende Listen.<sup>9</sup>

Fassino betont, dass derartige Entscheidungen nicht ohne eine Auseinandersetzung mit dem Thema der Flexibilisierung der Institutionen, das sogenannte Europa der zwei Geschwindigkeiten, erfolgen können. Die Staaten, die den Integrationsprozess vorantreiben wollen, sollen die Möglichkeit dazu haben; den Staaten, die noch nicht so weit sind, soll hingegen die Möglichkeit eingeräumt werden, dies auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Um die Veränderung der bestehenden Zustände herbeizuführen, bedarf es jedenfalls laut PD

klarer Aussagen: Der Euro-Raum soll ein Raum werden, der allen Ländern offen steht, die gewillt sind, den Euro einzuführen und die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen; jeder Staat soll an Formen verstärkter Kooperation in einzelnen Bereichen teilnehmen können; alle Mitgliedsstaaten sollen Zugang zu Strukturfonds und Maßnahmen der Kohäsionspolitik haben.

## Mittelmeer und Migration

Weitere Schwerpunkte des PD-Programms sind die Mittelmeer- und die Migrationspolitik, beide von außerordentlicher Bedeutung für Italien. Die PD-Regierungen – zuerst unter der Leitung von Matteo Renzi, dann unter jener von Paolo Gentiloni – wiesen wiederholt darauf hin, dass Migration kein Notstand, sondern ein zunehmend strukturelles Phänomen ist. Daher die Notwendigkeit, diesem Problem mit einer gemeinsamen, europäischen oder multilateralen Lösung zu begegnen.<sup>10</sup>

Trotz einiger Fortschritte bei der Umsetzung des der EU von Italien vorgeschlagenen Migration Compact, ist die Europäische Union wie lahmgelegt von der ablehnenden Haltung einiger Regierungen und von der fehlenden Umverteilung der Migranten unter den Mitgliedsstaaten. Das Fehlen eines europäischen Asylrechts und das langsame Voranschreiten der Reform des in seiner heutigen Form laut PD unzulänglichen Dubliner Übereinkommens sind mitverantwortlich für die ungleiche Verteilung der Flüchtlinge und Migranten. Ein fester Bestandteil der Migrationspolitik müsste, so die PD, eine strenge Bekämpfung der Menschenhändler sowie jeglicher Form von Illegalität sein. Auf europäischer Ebene koordinierte und von Seestreit- und Polizeikräften der Mitgliedsstaaten unterstützte Bemühungen würden wesentlich zur Bekämpfung des Menschenhandels beitragen. Der italienische Beitrag, der im Einklang mit der von PD-Innenminister Marco Minniti verfolgten Linie auf »die Ausbildung, Ausrüstung und logistische Unterstützung der libyschen Küstenwache zielt«,<sup>11</sup> sowie der Beschluss, humanitäre Korridore zu schaffen, sollten zu einer wirksameren Steuerung der Migrationsströme führen und die Flüchtlinge den Schmugglern entziehen. Die Herrich-

8. Sandro Gozi: »Con Parigi un'alleanza per un'Europa diversa e partiti transnazionali«. November 2017 <http://www.politicheeuropee.it/comunicazione/20522/gozi-con-parigi-unalleanza-per-uneuropa-diversa-e-partiti-transnazionali>.

9. P. Fassino, S. 135.

10. Tagung »La politica estera ed europea dell'Italia. Le proposte del PD«. November 2017 <https://www.radioradicale.it/scheda/524924/la-politica-estera-ed-europea-dellitalia-le-proposte-del-pd>

11. Innenminister Minniti: Libyen, Ausbildung und logistische Unterstützung statt Abschiebungen. Oktober 2017 <http://www.interno.gov.it/it/notizie/minniti-non-respingimenti-libia-ma-formazione-e-supporto-logistico>



tion von vorübergehenden Aufnahmelagern unter der Leitung von UNHCR und IOM in den Herkunftsländern sollte den Flüchtlingen schließlich ein menschliches und würdevolles Leben ermöglichen.<sup>12</sup>

Neben der Migrationsfrage sind auch die Fragen der Stabilität und Sicherheit des gesamten Mittelmeerraumes von Bedeutung: Dies ist ein Ort, der für ganz Europa strategisch relevant ist.

Deshalb ist die PD überzeugt davon, dass die Lösung beider Fragen in einer gemeinsamen europäischen Mittelmeer- und Migrationspolitik liegt. Von ihrem Standpunkt aus darf das Mittelmeer nicht als Grenze, sondern muss als entscheidende Region der EU verstanden werden und demzufolge als fester Bestandteil des europäischen Raumes. Man sollte sich in einem solchen Handlungsrahmen bewegen, der unter anderem dem Aufruf des vierten Med-7 Gipfels entsprechen würde, der betont, dass der EU-Außengrenzschutz vergemeinschaftet werden sollte.<sup>13</sup> Man sollte sich dessen bewusst sein, dass Europa, der Mittelmeerraum und Afrika einer Makroregion angehören, innerhalb derer sich die EU nicht bloß um wirtschaftliche Partnerschaften und Abkommen, einschließlich der regionalen Zusammenarbeit und der Entwicklungspolitik vor Ort, bemühen sollte, sondern auch um Investitionen in Sicherheit und Stabilität. Vor diesem Hintergrund schlägt die PD einen »Pakt für Sicherheit und Stabilität im Mittelmeer« vor, der die gesamte EU einbeziehen und für die Politik aller Staaten der Region bindend sein soll. Entsprechend weiß die PD den sogenannten »zweiten Juncker-Plan«, zu schätzen dessen Ziel die Förderung infrastruktureller, produktiver und sozialer Investitionen in jenen Staaten des Kontinents ist, die auf die meisten Probleme stoßen.<sup>14</sup>

Besondere Aufmerksamkeit schenkt Italien Libyen, aufgrund seiner strategischen Position und seiner engen Beziehungen zu Italien. Hat die EU ein Abkommen mit der Türkei getroffen, um die Balkanroute zu schließen, so sollte man sich ebenfalls um ein Abkommen mit Libyen

bemühen, dass die Schließung der Mittelmeerroute bewirken könnte.

## Fazit

Die PD bleibt eine Partei, die stark von ihrer europafreundlichen Einstellung geprägt ist. Zweifelsohne nimmt sie jedoch bezüglich einiger Themenbereiche kritische Positionen ein. Zu den Schwerpunkten ihres Europaprogramms gehören mehr Flexibilität und mehr wirtschaftlich-finanzielle Integration, mehr Aufmerksamkeit für ein soziales Europa, politisch- institutionelle Reformen sowie ein strukturiertes Vorgehen Europas in Bezug auf Mittelmeer- und Migrationspolitik. Angestrebt wird die Rolle eines gleichberechtigten Gesprächspartners, der die Zukunft Europas im Dreiergespann mit dem deutsch-französischen Motor mitbestimmt. In diesem Sinne besteht die Absicht der PD-Regierung, mit Macron einen bilateralen Vertrag zwischen Italien und Frankreich zu schließen, der zur Strukturierung und Ergänzung<sup>15</sup> des Élysée-Vertrags dienen soll, der 1963 die besondere Beziehung Deutschlands und Frankreichs besiegelte und den Berlin und Paris in diesen Tagen bekräftigten. Noch steht aber nicht fest, ob der Quirinal-Vertrag tatsächlich wie von den beiden Politikern beabsichtigt Ende 2018 unterzeichnet wird, und ob die nächste Regierung überhaupt dieselben Prioritäten wie die jetzige haben wird, nicht zuletzt eben auch die der Unterzeichnung eines solchen Vertrages.

Zurzeit wartet Frankreich noch auf seinen bevorzugten Partner Deutschland, wo in Kürze eine neue Regierung gebildet werden sollte. Kann und will der Motor Europas auch auf die drittgrößte Volkswirtschaft des Euro-Raumes warten? Europa ist schnell unterwegs und erwartet rasche Antworten. Will Italien wirklich eine Rolle in Europa spielen, so kann es sich nicht erlauben, allzu lange auf sich warten zu lassen.

12. Rainews: Migranti, l'annuncio di Minniti: nel 2018 10mila profughi in Italia attraverso corridoi umanitari. Dezember 2017. <http://www.rainews.it/dl/rainews/articoli/Migranti-annuncio-di-Minniti-Nel-2018-10mila-profughi-in-Italia-attraverso-corridoi-umanitari-b949e4af-c073-406a-8ce0-3824940ebce5.html>

13. Erklärung des Summit of the Southern European Union Countries. 10. Januar 2018 <http://www.governo.it/sites/governo.it/files/documenti/documenti/Notizie-allegati/governo/DeclarationIVEUSouthSummit.pdf>. Am Gipfel nahmen Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland, Cyprus und Malta teil.

14. P. Fassino, S. 155.

15. Corriere della sera: »Roma è una fortuna per l'Europa«. Il sostegno di Macron a Gentiloni. 12. Januar 2018



### Über den Autor

**Luca Argenta** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rom.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Piazza Capranica 95 | 00186 Rom | Italien

Tel.: ++39 06 82 09 77 90  
[www.fes-italia.org](http://www.fes-italia.org)

Bestellungen/Kontakt hier:  
[info@fes-italia.org](mailto:info@fes-italia.org)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.